



Ausschuss für Kommunalpolitik

31. Sitzung (öffentlich)

27. November 2002

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:25 Uhr

Vorsitz: Jürgen Thulke (SPD)

Stenograf: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte:

- 1 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2003 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2003 1**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 13/2802, 13/3150 und 13/3250

Vorlagen 13/1630, 13/1634, 13/1733 und 13/1793

- Abschließende Beratung und Abstimmung über ein Votum an den federführenden Haushalts- und Finanzausschuss gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- Diskussion 1
- Sondersitzung zur Verabschiedung des GFG am 03. Dezember 2002, 14 Uhr 2

- 2 Tarifliche Entlohnung bei öffentlichen Aufträgen im Land Nordrhein-Westfalen (Tariftreuegesetz Nordrhein-Westfalen – TariftG NRW) 3**
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/2965
- Ausschussprotokoll 13/689
- Diskussion 3
 - Ergebnis: *kein Votum* 4
- 3 Gesetz zur Änderung der Landesverfassung – Konnexitätsprinzip in der Landesverfassung verändern 4**
- Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2279
- Ausschussprotokoll 13/634
- Diskussion 4
 - Ergebnis: *abgesetzt* 4
- 4 Hundegesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeshundegesetz – LHundG NRW) 5**
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/2387
- Ausschussprotokoll 13/562
- Diskussion 5
 - Ergebnis: *kein Votum* 5
- 5 Gesetz zur Änderung des Landesabfallgesetzes 5**
- Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2505
- Diskussion 5
 - Ergebnis: *verschoben* 6

- 6 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regionalisierung des öffentlichen Schienenpersonennahverkehrs sowie zur Weiterentwicklung des ÖPNV Regionalisierungsgesetzes NW) 6**
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/2706
- Ausschussprotokoll 13/637
- Diskussion 6
 - Ergebnis: *kein Votum* 6
- 7 Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes und des Ordnungsbehördengesetzes 7**
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/2854
- Diskussion 7
 - Ergebnis: *kein Votum* 7
- 8 Das Kleingartenwesen in NRW braucht Zukunft 7**
- Antrag der Fraktion der CDU
- Diskussion 7
 - Ergebnis: *verschoben* 7
- 9 Deponie-Ranking für NRW bringt Planungssicherheit 7**
- Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/3046
- Diskussion 7
 - Ergebnis: *kein Votum* 8

Ausschuss für Kommunalpolitik

27.11.2002

31. Sitzung (öffentlich)

rß

- 10 Betreutes selbstständiges Wohnen für Menschen mit Behinderungen ausbauen – Zuständigkeit in eine Hand 8**
- Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 13/2379
- Ausschussprotokoll 13/648
- Diskussion 8
 - Abstimmungsergebnis: *beschlossen* 9
- 11 Ehrenamt stärken – Aktive Bürgergesellschaft aufbauen 9**
- Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/896
- Ausschussprotokoll 13/387
- Abschließende Beratung und gegebenenfalls Abgabe eines Votums an den federführenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- in Verbindung damit
- 12 Landesnachweis „Engagiert im Ehrenamt“ auch auf kulturelle, sportliche und andere ehrenamtliche Tätigkeitsbereiche übertragen**
- Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2492
- Diskussion 10
 - Ergebnis: *verschoben* 10
- 13 Bahnflächenpool 10**
- Bericht der Landesregierung zum Sachstand –
 - Bericht durch LMR Collinet (MSWKS) 10
 - Diskussion 11

14	Evaluierung des Modellversuchs Migrationsausschüsse durch das Landeszentrum für Zuwanderung	14
	– Bericht der Landesregierung –	
	– Bericht durch MDgt Winkel (IM)	14
15	Verordnung zur Ausführung des § 5 Schulfinanzgesetz (VO zu § 5 SchFG); Änderungsverordnung für das Schuljahr 2003/2004	15
	Vorlage 13/1796	
	– Abstimmungsergebnis: <i>beschlossen</i>	15
16	Verschiedenes	15
	– Ausschussreise in die USA	15
	– Ergebnis	15
	– Verkauf von Schulgebäuden?	16
	– Ergebnis	16

* * *

Manfred Palmen (CDU) kündigt an, dass seine Fraktion einen Änderungsvorschlag zum eigenen Gesetzentwurf einbringen wolle. Wenn Änderungsvorschläge im federführenden Ausschuss diskutieren werden könnten, sei das auch in Ordnung. Insofern bitte er darum, den Punkt zu schieben und kein Votum abzugeben.

Der Ausschuss kommt überein, den Punkt für heute zu schieben.

6 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regionalisierung des öffentlichen Schienenpersonennahverkehrs sowie zur Weiterentwicklung des ÖPNV Regionalisierungsgesetzes NW)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/2706

Ausschussprotokoll 13/637

Vorsitzender Jürgen Thulke schickt voraus, der Gesetzentwurf der Landesregierung sei am 26. Juni vom Plenum federführend an den Verkehrsausschuss und zur Mitberatung an den Wirtschaftsausschuss, den Haushalts- und Finanzausschuss sowie an den Ausschuss für Kommunalpolitik überwiesen worden. Die vom Verkehrsausschuss am 11. September durchgeführte öffentliche Anhörung sei im Ausschussprotokoll 13/637 dokumentiert. Da der Verkehrsausschuss seine Abschlussberatung morgen durchführen wolle und auf das Votum des AKo warte, sollte heute abschließend beraten und gegebenenfalls ein Votum abgegeben werden.

Da nach Informationen von **Heinz Wirtz (SPD)** morgen im Verkehrsausschuss noch ein neuer Antrag eingereicht werde, würde der AKo heute zumindest nicht nach dem neuesten Stand beraten. Er bitte daher darum, den Punkt mit auf die Tagesordnung der Sondersitzung am kommenden Dienstag zu nehmen.

Christof Rasche (FDP) macht darauf aufmerksam, dass der federführende Ausschuss morgen abschließen müsse, weil der Gesetzentwurf in zweiter und dritter Lesung im Dezember abgeschlossen werden müsse. Insofern könne der Tagesordnungspunkt nächste Woche nicht nochmals behandelt werden. Da heute die Grundlagen zur Beratung fehlten, bleibe nur die Wahl, es ohne Votum weiterzugeben.

Der Ausschuss kommt angesichts dieser Sachlage überein, auf ein Votum zu verzichten.